

Mündliche Anfragen

zur 35. Fragestunde

in der 124. Plenarsitzung vom 22. Mai 2025

1. Anfrage der Abg.
Katrin Steinhilb-Joos SPD

Eingang: 22.4.2025

Auswirkungen auf die Berufsorientierung an Schulen durch die Beendigung der Berufseinstiegsbegleitung

- a) Wer übernimmt aktuell die Aufgaben, die früher die Berufseinstiegsbegleiterinnen und Berufseinstiegsbegleiter bei der Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf ab der 8. Klasse übernommen haben?
- b) An wie vielen Schulstandorten wird seit der Beendigung der finanziellen Unterstützung des Landes noch die Berufseinstiegsbegleitung angeboten?

2. Anfrage des Abg.
Andreas Kenner SPD

Eingang: 28.4.2025

Nachfrage zur Ausweisung eines Mitarbeiters der Firma Scholderbeck aus Weilheim

- a) Aus welchen Gründen hat die Landesregierung trotz der Resolution des Bundestags zur Anerkennung des Völkermords an den Jesidinnen und Jesiden (Bundestagsdrucksache 20/5228) keinen Abschiebestopp zur vorübergehenden Aussetzung der Abschiebung nach § 60a Aufenthaltsgesetz für Jesidinnen und Jesiden in den Irak erlassen, der auch die Abschiebung des jesidischen Mitarbeiters der Firma Scholderbeck aus Weilheim verhindern würde?
- b) Wie schätzt die Regierung die Chance ein, dass trotz des nach Medienberichten abgeschlossenen Asylverfahrens mit Blick auf die Resolution des Bundestags aufgrund eines Verfahrens bei der Härtefallkommission des Landes eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 23a Aufenthaltsgesetz erteilt wird?

3. Anfrage des Abg.
Dr. Stefan Füst-Blei SPD

Eingang: 28.4.2025

Digitaler Versand von Prüfungsinformationen

- a) Warum ist es für die Prüfung der Referendarinnen und Referendare an Gymnasien nicht möglich, einen digitalen Prozess für den Versand der Prüfungsinformationen aufzusetzen, vergleichbar mit dem für die Prüfung der Referendarinnen und Referendare im Bereich der Sekundarstufe I an Realschulen?
- b) Wie ist der oben genannte Prozess jeweils in den vier Regierungspräsidien hinsichtlich des Datenschutzes und der digitalen Informationsvermittlung geregelt?

4. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP
- Eingang: 7.5.2025
- Bau eines straßenbegleitenden Radwegs entlang der B 294 vom Verkehrsknotenpunkt B 294/K 4527 bis zum Ortseingang Neulingen-Bauschlott**
- a) Welche Effekte wären durch den Bau eines straßenbegleitenden Radwegs entlang der B 294 vom Verkehrsknotenpunkt B 294/K 4527 bis zum Ortseingang von Neulingen-Bauschlott zu erwarten?
- b) Wie ist der aktuelle Planungsstand für den Bau eines Radwegs im genannten Abschnitt der B 294, sofern es entsprechende Bestrebungen für einen Bau gibt?
5. Anfrage des Abg.
Dr. Stefan Fulist-Blei SPD
- Eingang: 12.5.2025
- Netzanschluss des Eckenberg-Gymnasiums in Adelsheim**
- a) Warum ist es dem pädagogischen Personal untersagt, die bereits vorhandenen ungenutzten Fasern des Glasfaseranschlusses zu nutzen?
- b) Inwiefern dient die Untersagung der Nutzung des vorhandenen Anschlusses dem Ziel der Ressourcenschonung der Landesregierung?
6. Anfrage des Abg.
Daniel Karrais FDP/DVP
- Eingang: 12.5.2025
- Mögliche Verschiebung der Gäubahn-Unterbrechung in den Herbst 2026**
- a) Welches Ergebnis hat die Sitzung des Lenkungskreises Stuttgart 21 vom 19. Mai 2025 in Bezug auf den Antrag der Regionalversammlung Stuttgart, die Unterbrechung der Gäubahn in den Herbst 2026 zu verschieben, gebracht?
- b) Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die durch die S-Bahn-Unterbrechung im Sommer 2026 und im Sommer 2027 verursachten Fahrzeitverlängerungen für die Pendlerinnen und Pendler zu kompensieren?
7. Anfrage des Abg.
Dr. Boris Weirauch SPD
- Eingang: 13.5.2025
- Planungen des Justizministeriums zur Stellenbedarfsdeckung in der Justiz**
- a) In welchem Umfang sind in der Justiz Stellen insgesamt und insbesondere die im Doppelhaushalt 2025/2026 neu geschaffenen aktuell unbesetzt?
- b) Falls es Planungen gibt, Volljuristinnen und Volljuristen unterhalb der üblich geltenden Notengrenze als Amtsanwältinnen bzw. Amtsanwälte einzustellen, wie sehen diese genau aus?
8. Anfrage des Abg.
Dr. Boris Weirauch SPD
- Eingang: 13.5.2025
- Streichung des Buszuschlags für Schülerinnen und Schüler sonderpädagogischer Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) im Landkreis Calw**
- a) Wie bewertet die Landesregierung die finanziellen Belastungen für Familien und insbesondere die mögliche Folge, dass Schülerinnen und Schüler infolgedessen ihr SBBZ im Landkreis Calw nicht mehr besuchen können?
- b) Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung vor, um die Streichung des Buszuschlags für Betroffene und Familien finanziell zu kompensieren?

9. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP

Eingang: 16.5.2025

Erteilung von Baufreigaben trotz fehlender Riegelbebauung für den Lärmschutz in Wohngebieten

- a) Inwiefern wird unter der aktuellen Rechtslage das private Bauinteresse hinter die Vorgaben des Lärmschutzes – Stichwort TA Lärm – zurückgestellt, sofern eine gemäß des Bebauungsplans notwendige Riegelbebauung für den Lärmschutz in einem Wohngebiet noch nicht errichtet wurde?
- b) Welche Möglichkeiten bestehen für private Bauherren, um trotz einer fehlenden Riegelbebauung eine Baufreigabe zu erhalten, insbesondere mit Blick auf häufig lange Zeitschienen oder immer wieder abspringender Investoren bei den notwendigen Riegelbauten?